SB: LR Mag. Csörsz

E-Mail: abtia@bmeia.gv.at

Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten
Völkerrechtsbüro

GZ. BMeiA-AT.8.15.02/0194-I.A/2011 Zu GZ. BMJ-Pr350.00/0017-Pr/2011 vom 15. September 2011

An: BMJ; E-Mail: maria.wais@bmj.gv.at;

barbara.kloiber@bmj.gv.at

Kopie: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Betreff: Bundesgesetz, mit dem das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz und das

Gerichtsgebührengesetz geändert werden

Das BMeiA weist darauf hin, dass gemäß den Legistischen Richtlinien des BKA dem Begutachtungsentwurf ein den Erläuterungen vorangestelltes Vorblatt beizulegen wäre.

In diesem Vorblatt wäre unter anderem eine Aussage zu treffen, ob im Bereich der Regelungsmaterie des Entwurfs Rechtsvorschriften der Europäischen Union bestehen und zutreffendenfalls, wie sich der Entwurf zu diesen Bestimmungen verhält.

Wien, am 3. Oktober 2011 Für den Bundesminister: H. Tichy m.p.